

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1922**

97 (26.4.1922)

# Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger zugestellt 20 M. mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 20 M.; in der Geschäftsstelle und bei unren Karlsruhern Ablagen abgeholt 18 M. monatlich. — Einzelhefte 1 M. Ausgabe: Verlags mittags. Geschäftsstelle u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die einspaltige Kolonelle 2.40 M., auswärts 2.80 M. Die Restamezeile 7.50 M.; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmefrist 8 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

## Die Reaktion im badischen Landtage gegen die Maifeier

### Landbündler, Stimmlose und Deutschnationalisten wollen den 1. Mai als Feiertag abschaffen — Eine reaktionäre Provokation der badischen Arbeiterschaft kurz vor dem Feste der Arbeit

Die Zerrissenheit des arbeitenden Volkes beginnt sich immer stärker auszuwirken. Nachdem in den letzten Landtagsitzungen vor den Osterferien sich die Feinde des Achtstundentages bereits stärker aus dem Vordere hervorwagten, war der Ausfall der heutigen ersten Landtagsitzung nach dem einseitigen Frontalangriff gegen den 1. Mai als gesetzlichen Feiertag. Von Mitgliedern der liberalen Volkspartei, des Landbundes und der Deutschnationalen Fraktion wurde ein Antrag eingebracht, den 1. Mai als gesetzlichen Feiertag abzuschaffen, der, wie aus dem Bericht ersichtlich ist, in der Freitagssitzung des Landtags zur Behandlung kommt.

Damit ist die sich immer stärker fühlende Reaktion zu einem Vorstoß gegen eine Einrichtung fortgeschritten, die sich in Baden bereits als Selbstverständlichkeit eingelebt hatte. Denn die gesetzliche Feiertag des Achtstundentages ist in Baden nicht etwa eine für dieses Jahr geplante Neueinrichtung, wie wenig informierte auswärtige Mütter annehmen, sondern die gesetzliche Feiertag des 1. Mai ist in Baden bereits durch Verordnung der badischen Regierung vom Januar 1919 verankert, also mit der gleichen gesetzlichen Grundlage wie der Feiertag von Christi Himmelfahrt oder Fronleichnam, Karfreitag oder Pfingsten, trotzdem auch ein Teil dieser Feiertage nur Minderheiten tangiert, denen sich aus pietät, sowie inneren und äußeren Gründen die Gesamtbevölkerung einordnet.

Wenn nun die ausgesprochene Reaktion einen Vorstoß gegen den 1. Mai als gesetzlichen Feiertag unternimmt, so drückt sie damit das innere Empfinden großer Bevölkerungsmassen, deren Gefühl für Ruhe und Ordnung die Entwicklung unseres Landes entscheidend beeinflusst. Alle Volkstretter, die eine Spur sozialistischer Empfindens haben, müssen es deshalb sicherlich ablehnen, den Weg des reaktionären Antrags zu folgen. Wir warnen die bürgerlichen Vertreter dringend, sich in dieser Frage ins Schlepptau der Reaktion sans phrase nehmen zu lassen, selbst wenn sie gefühlsmäßig der Feiertag des 1. Mai gleichgültig oder sogar innerlich ablehnend gegenübersehen. Es handelt sich hier um eine jener Inzidenzen, die, wenn auch nicht primärer Art, ungeheure Auswirkung haben können. Wir sind in Baden dank dem politischen Verständnis sowohl der Arbeiterschaft wie großer Bürgerkreise in verhältnismäßiger Ruhe über die Führer einer unruhigen Zeit hinweggekommen. Es würde eine unbegriffliche Einseitigkeit der bürgerlichen Parteien bedeuten, wenn sie hieraus einen Freibrief für reaktionäre Zumutungen und Gelüste ableiten wollten.

Im Interesse des inneren Friedens und der ruhigen Fortentwicklung unserer Verhältnisse warnen wir deshalb rechtzeitig und in aller Nachdrücklichkeit.

### Sitzungsbericht

gr. Karlsruhe, 25. April.

#### 40. öffentliche Sitzung

Präsident Wittenmann eröffnet die Sitzung um 4 Uhr mit Begrüßungsworten und der Bitte um eifrige Arbeit, damit das große Publikum den Landtag nicht zu sehr in den Sommer hinein beschäfte.

Auf eine Anfrage bezüglich der Neuerung beim Kohlenhandelsvertrag wird mitgeteilt, daß die badische Regierung ihre Bedenken hiergegen geltend machte, daß diese auch vom Reich nicht gebilligt wurden.

Als besonderer Punkt der Sitzung vom Mittwoch früh wird die Maßregelung von Eisenbahnern vom Eisenbahnerstreik behandelt.

Vom Arbeitsministerium ging ein Gesekentwurf über die Main-Donauwasserstraße ein.

#### Ein Vorstoß gegen den 1. Mai

Eingelesen ist ein Antrag einer Reihe von Abgeordneten der Liberalen Volkspartei, der Deutschnationalen und des Landbundes auf

#### Abschaffung des 1. Mai als Feiertag

Der Antrag lautet sich bei allgemeiner Unruhe und lebhafter Aufregung im Hause eine Geschäftsordnungsdebatte.

Abg. Maier-Geibelberg (Soz.) beantragt Ueberweisung dieses Antrags an den Ausschuß; Abg. Mayer-Karlsruhe (D.M.) ist damit einverstanden; Abg. Weber (Lib. Fr.) wünscht rechtzeitige Behandlung. Präsident Wittenmann erklärt, den Antrag auf die Sitzung vom Freitag zu legen.

Zur Ermöglichung der raschen Inangriffnahme einer Reihe Punkten erteilt das Haus vorweg beihilflos die Genehmigung zu einer Reihe Anfordernungen des Vorschlags.

#### Justizetat

Abg. Marum (Soz.) berichtet namens des Ausschusses über den Justizetat und beantragt dessen Annahme unter Hinweis auf die bereits mitgeteilten Ausschusseparabanden.

Abg. Schön (Dem.) berichtet namens des Ausschusses über den Antrag Freidhof (M.D.P.) auf Erlassung einer politischen Amnestie. Vom Justizministerium wurde die unklare Fassung des Antrags bemängelt, da der Begriff des politischen Gefangenen darin nicht näher präzisiert wurde. Der Ausschuß beantragte mit 10 gegen 6 Stimmen Ablehnung des Antrags.

Nächste Sitzung Mittwoch früh 9 Uhr. Tagesordnung: Die Maßregelung von Eisenbahnern beim Eisenbahnerstreik.

auf eine Antwort nicht reflektieren. Die Antwort selbst ist äußerst geschickt. Sie befriedigt Frankreich, ohne Deutschland wehe zu tun. Man mag unerschrocken — wie das in der Note geschieht — deutsche Behauptungen nach Grundrücken zurückweisen. Solange dadurch nicht deutsche Interessen gefährdet werden, wird die deutsche Regierung aus Liebe zum Frieden gern manche Rücksichtnahme über sich ergehen lassen. Wir haben keinen Anlaß, ein Einspruchsrecht zu verwehren, soweit der deutsch-russische Vertrag den bestehenden Verträgen zuwiderlaufen sollte. Trotz Aufgebots der besten juristischen Kräfte im Ententelager hat es bisher noch niemand vermocht, ernsthafte Widersprüche zwischen dem Vertrag, den Deutschland mit Rußland abschloß, und dem Versailler Friedensabkommen festzustellen. Auch in Zukunft wird es jedenfalls niemandem geben, der diesbezügliche Behauptungen aufstellen kann, die der Prüfung durch ein neutrales Juristenkomitee standhalten können. Uebrigens ist der Vorbehalt des Einspruchsrechtes auf ausdrücklichen Wunsch Barthous und Poincaré in den englischen Text des Referententextes aufgenommen worden. Es schlug man zwei Plänen mit einer klaren, für die Rathous Stellung und gab den Pariser Schiedsrichtern Gelegenheit, sich der französischen Regierung bei der Aufdeckung der vermeintlichen Widersprüche zu helfen, von denen sie schon seit ein paar Tagen leben. Die Pariser Chauvinisten brauchen Deutschland in diesem Falle sicher nicht zu fürchten.

Nach Erlebigung dieses Konfliktstoffes muß man sich nach den Erfahrungen der letzten Tage hüten, in Bezug auf die Zukunft der Konferenz Schlüsse zu ziehen. Zwar hat Lloyd George in der gestrigen Sitzung der Großen und Kleinen Elemente ausdrücklich darauf hingewiesen, daß er keineswegs gewillt sei, die bestmögliche Aufdeckung aller Abhängigkeiten mitzumachen, und auch Barthous beteuerte — scheinbar betroffen — daß Frankreich mit dem besten Willen und im Geiste des Friedens nach Genua gekommen war, aber diese Worte vermögen die Geschehnisse der letzten Woche nicht zu verdecken. Noch ist die anfängliche Ruhe und Stetigkeit nicht wieder hergestellt.

Die Zurückhaltung, die sich deshalb für uns in Genua zeigt, ist auch für die Heimat angebracht, besonders in Bezug auf die Unternehmung der Frage, ob der Vertragsabschluss notwendig war oder nicht. Die Gründe der deutschen Delegation waren zu stark und zu dringend gewesen, um selbst das Risiko auch unvollständiger Gewinnen auf sich zu nehmen. Was würde geschehen sein, wenn in zwischen, trotz der neutralen Mächte, der Vertrag der Entente mit Rußland abgeschlossen wäre, und die deutschen Interessen nicht nur keine Berücksichtigung, sondern eine Schädigung erfahren hätten? Die deutsche Delegation in Genua hat bereits den Staatssekretär im Auswärtigen Amt, W. Simon, mit dem notwendigen Material nach Berlin geschickt, um die dort zurückgebliebenen Mitglieder der Regierung und die führenden Parlamentarier über die Notwendigkeit des Vertragsabschlusses zu unterrichten. Wir glauben, daß nach dieser Unterrichtung auch in der Heimat der Schritt der deutschen Delegation als einseitige Maßnahme zur Wahrung der deutschen Interessen in der gegebenen Situation anerkannt wird. Solange keine amtliche Aufklärung gegeben ist, sollte man wenigstens mit Angriffen auf die Delegation zurückhalten.

Man erwartet, daß die Arbeiten in den verschiedenen Unterkommisionen jetzt sehr bald zum Abschluß gebracht werden, jedoch die Kommissionen das Ergebnis dieser Arbeiten bereits bis zum Donnerstag ratifizieren können. Am Freitag soll Lloyd George einen Post einbringen, nach dem sich alle Konferenzteilnehmer verpflichtet, Angriffe gegeneinander vorläufig einzustellen. In diesem Bestreben am letzten Donnerstag hat der englische Ministerpräsident diese Absicht bereits deutlich durchblicken lassen, in Genua einen solchen Post als wesentliches Ergebnis der Genuaer Konferenz bezeichnet. Es handelt sich eigentlich nur um die Wiederholung einer der wichtigsten Bestimmungen des Völkerbundstatutes. Deshalb gilt die Zustimmung sämtlicher Ententestaaten und auch der Neutralen als gesichert. Die einzige Neuerung, die allerdings entscheidend wäre, würde in der Ausdehnung der Bestimmungen auf Deutschland und Rußland liegen. Damit wäre der entscheidende Schritt für den Eintritt Deutschlands und Rußlands in den Völkerbund vollzogen.

## Wird die Konferenz in Genua noch aufzulegen?

### Kombinationen oder Wahrheit?

Aus London flattern diese Meldungen in die Welt hinaus, von denen zur Stunde nicht zu sagen ist, ob sie Kombinationen sind oder ob ihnen Tatsachen zugrunde liegen: Lloyd George sagte in einer aus Genua an England gerichteten Briefnote, die Rede Poincaré sei eine sehr ernste Erklärung. Sie sei nicht dazu angetan, das Zusammenarbeiten der Alliierten zu bessern. Großbritannien sei entschlossen, zu verhindern, daß Europa wieder ein Schlachthaus werde.

London, 25. April. Die Wäiter melden, daß aus Anlaß der Rede Poincaré die Möglichkeit, daß sich Frankreich von der Genuaer Konferenz zurückziehe, in Genua und London eifrig erörtert werde. Wenn dieser Fall eintreten sollte, würde Lloyd Georges nach London zurückkehren und das Parlament um Unterstützung ersuchen. Die Genuaer Konferenz würde dann vermutlich aufgelöst werden. Es sei aber nicht wahrscheinlich, daß Lloyd George diese Frage durch Redeworteln entscheiden lassen wolle.

London, 25. April. Einer hier verbreiteten Meldung zufolge sollen die französischen Deputierten bestimmte Weisungen erhalten haben, auf den von Poincaré gestellten Bedingungen zu bestehen. Sie würden ein abschließendes Ultimatum für Rußland verlangen oder die Konferenz verlassen.

## Es kriselt weiter in Genua

### Politische Arbeit der Deutschen in Genua

(Sonderbericht des „Soz. Parlamentsdiensts“)

Genua, 24. April.

In der Wirtschaftskommission, die heute morgen zusammentrat, brachte die deutsche Delegation unter Führung des Reichswirtschaftsministers Schmidt zu dem Londoner Sachverständigenrat die Wirtschaftskommission II. Wirtschaftliches neue Vorschläge ein. Diese Vorschläge empfehlen die Einführung eines einheitlichen Zolltarifs für alle Staaten. Es soll dahin gestrebt werden, daß die Zolltarife nicht in längeren Zeiträumen festgelegt werden. Weiter wird gefordert die Verfestigung eines Wirtschaftsbündnisses für alle Länder in der Tarifbehandlung. Ein gleiche Forderung stellt die Delegation Rumänien. Ein russischer Vorschlag verlangt die Befestigung der Kampfkraft. Ferner wurde von der deutschen Delegation folgende Entschiedenheit eingebracht:

Die auf der Wirtschaftskonferenz in Genua versammelten Nationen sind sich darüber einig, daß der wirtschaftliche Wiederaufbau der Welt nur unter Mitarbeit der Hans- und Ostarbeiter aller Völker erfolgen kann. Ihre Mitarbeit ist heute gefährdet, weil ihre Lebenshaltung in vielen, besonders in den osteuropäischen Ländern, außerordentlich herabgedrückt ist, vor allem aber, weil große Teile der Welt von lang andauernder Arbeitslosigkeit betroffen, andere von ihr bedroht sind.

Diese Notlage der Weltkrisis vermindert Produktion und Konsumkraft und verlängert dadurch die Krise selbst. Wenn hier auch endlich die Wiederherstellung des finanziellen und wirtschaftlichen Gleichgewichts zwischen den Völkern herbeiführen kann, so sollen doch in der Zwischenzeit die Nationen alle geeigneten Mittel anwenden, um den sozialen Lebensstand, die Leistungsfähigkeit und Arbeitsfreudigkeit zu erhöhen.

Zu diesem Zweck empfiehlt die Konferenz allen Nationen: 1. Beim Kampf gegen die Arbeitslosigkeit muß der Ge-

danke der wirtschaftlichen Auswertung aller vorhandenen Arbeitskräfte voranstehen.

a) Die vorhandene Arbeitslosigkeit ist im Wege einer rationalen Arbeitsvermittlung bis zum irgendmöglichen Maße auszumunnen. Beim Ausgleich von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt werden die Länder im Rahmen des Möglichen einander entgegenkommen.

b) Die öffentlichen Arbeiten sind, wo es möglich ist, für die Zwecke der Arbeitslosenfürsorge auszumunnen und den zeitlichen und örtlichen Bedürfnissen des Arbeitsmarktes anzupassen.

c) Die Mittel der Erwerbslosenfürsorge sind in wachsendem Maße für die Bereitstellung neuer wirtschaftlich wertvoller Arbeiten zu verwenden (produktive Erwerbslosenfürsorge) und dadurch Produktion und Konsumkraft zu steigern.

2. Durch Vermittlung des Internationalen Arbeitsamtes sollen die Erfahrungen, die in den einzelnen Ländern gemacht werden, ausgetauscht und nach Möglichkeit wechselseitig nutzbar gemacht werden. Bei dieser Gelegenheit sollen in internationaler Zusammenarbeit die tiefere Gründe der Arbeitslosigkeit erforscht werden und soll insbesondere den Rückwirkungen des Währungsproblems auf die Entwicklung des Arbeitsmarktes besondere Aufmerksamkeit zugewendet werden.

Die deutsche Delegation ist die einzige, die demartig weitgehende sozialpolitische Vorschläge in der Wirtschaftskommission eingebracht hat.

### Nach dem Sprengungsversuch der Franzosen

(Sonderbericht des „Soz. Parlamentsdiensts“)

Genua, den 24. April, 5 1/2 Uhr morgens.

Der „Zwischenfall“ in Genua kann jetzt auch in seinem zweiten Stadium als beigelegt betrachtet werden, nachdem die Ententemächte in ihrer jüngsten Note selbst dieser Erwartung Ausdruck und der deutschen Delegation an verheßen gab, daß sie

### Sozialisierung der Kurorte

Von Hans Goslar

Die deutschen Kurorte öffnen wieder ihre Pforten und die Wälder beginnen zu blühen. Für hunderttausende, ja für viele Millionen Deutscher ist es — sei es infolge von alten organischen Erkrankungen, sei es als Folge der Erkrankungen aus der Kriegszeit — eine unbedingte Notwendigkeit, an den Heilquellen unserer Thermalbäder Heilung oder doch Linderung von ihren Schmerzen zu suchen.

Um so verhängnisvoller für die Volksgesundheit ist es, daß durch die wohnwichtige Teuerung und die lediglich unter privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten gehandhabte Preispolitik der Bäder und ihrer Hotels es in diesem Jahr nur noch einem verhältnismäßig geringen Prozentsatz wirklich Kurbedürftiger möglich sein wird, Bäder aufzusuchen. Mächtig der Nohe sind die heilkräftigen Quellen die wichtigsten und wertvollsten Bodenschätze Deutschlands. Das Ziel jeder vernünftigen Volkswirtschaftspolitik unter großen Gesichtspunkten muß unbedingt sein, zu verhindern, daß auf die Dauer die überwiegende Masse der erholungsbedürftigen Volksteile durch die Unmöglichkeit des Mißgenusses dieser Bodenschätze schwer am eigenen Leibe und damit an der Gesundheit der kommenden Generationen geschädigt wird. Sie muß vielmehr dahin gehen, mit allen staatlichen Machtmitteln eine so großzügige Ausweitung aller Gebrauchsmöglichkeiten der Heilquellen zu erreichen, daß nach dem wirklichen Zweck, dem ganzen Volk zu dienen, nach Möglichkeit näher kommt.

Vor 1½ Jahren habe ich an anderer Stelle ausführlich die Notwendigkeit einer Sozialisierung der Kurorte an Hand der folgenden 7 Programmpunkte angedeutet, die ich auch heute noch für notwendig und vor allem auch für realisierbar halte:

1. Verwirklichung aller natürlichen Heilquellen (gegen angemessene Entschädigung der Bundesstaaten und nach der auf Grund eines Reichsgesetzes sofort vorzunehmenden Auflösung der Pachtverträge privater Erwerbsgesellschaften) zur Ermöglichung der Durchführung einer einheitlichen Bäderpolitik, Hand in Hand mit den Institutionen der Reichsversicherungsanstalt.
2. Kommunalisierung oder Umwandlung in gemischt-wirtschaftliche Betriebe einer hinreichend großen Anzahl von Hotels-Unternehmungen an den Orten, die natürliche Heilquellen besitzen.
3. Begründung von gemeinnützigen Konsumvereinen zur möglichst billigen und reichlichen Versorgung der Inassen der kommunalisierten usw. Hotelunternehmungen und Gewährung spezieller staatlicher und Reichszuschüsse für Versorgungszwecke.
4. Maßnahmen zur Verlängerung der „Saisonalität“ der Heilbäder mindestens auf die Zeit von Mitte April bis Mitte Oktober (Ausbau der vorhandenen Heizanlagen usw.).
5. Eine den Bedürfnissen des sozialen Hilfswertes sich anpassende Eisenbahnpolitik (Tarifiermäßigungen, Angleichung des Fahrplans an die laut 4. verlängerte Saison).
6. Rückwärtslose Anwendung des Enteignungsrechts im öffentlichen Interesse gegenüber allen Fällen von Bodenpekulation und Bodenwucher in Orten mit Heilbädern sowie Einsetzung besonderer schiedsrichterlicher Anstalten zur Verhinderung von Lebensmitteln und Mietwucher.
7. Entsprechender Ausbau der Sozialversicherung.

Zu geben von dem Grundsatz aus, daß die Heilquellen und Kurorte in Allgemeinverwaltung übernommen werden müssen. Da aber auch dort, wo die Heilquellen schon im Staatsbesitz sind, es sich zeigt, daß die Kartellringe der Hotels die Preise bittieren und daß weniger Begüterte infolge der maßlos hochgeschraubten Unterkunftsbedingungen einfach schon dadurch vom Besuch der Heilquellen ausgeschlossen werden, so muß durch eine sehr starke Zahl von Außenleiter-Hotels Brechen in diesen Kartellring geschlossen werden. Dies ist nur dadurch möglich, daß man eine größere Anzahl von Hotels und Gasthäusern überall unter Heranziehung von Reich, Staat und Kommunen in gemischt-wirtschaftliche Betriebe umwandelt, die zu großen Einkaufsgesellschaften zusammengefaßt werden können und verpflichtet sind, den ihnen von der Sozialversicherung und überhaupt von Angestellten und Arbeiterverbänden auf Grund ärztlicher Zeugnisse zugewiesenen Kurgästen Unterkunft und Verpflegung zu einem Maße zu gewähren, der die Selbstkosten deckt.

Heute stehen wir nun außerdem noch vor der Frage, wie wir uns zu dem zu erwartenden starken Zustrom der Ausländer aus den valutarichten Ländern zu stellen haben. Ich meine, daß wir gut daran tun werden, dem Besuch kurbedürftiger Ausländer keine Schwierigkeiten in den Weg zu legen, obwohl das Bedenkliche in der Frage der Unterbringungsbedingungen auf der Hand liegt. Wir dürfen aber diese Politik, unsere Bäder den Ausländern weit zu öffnen und ruhig in einen Konkurrenzkampf mit den französischen und englischen Bädern einzutreten, nur dann treiben, wenn auf der anderen Seite die Anwesenheit der valutarichten Fremden richtig, d. h. nicht nur privatwirtschaftlich von den Hoteliers, sondern volkswirtschaftlich von der Gesamtheit ausgenutzt wird. Es ist unbedingt erforderlich, daß sich die maßgebenden Stellen sofort mit dieser Angelegenheit befassen und anordnen, daß bestimmte Ausschläge von den Hotels und Gasthäusern von allen Fremden zu erheben sind, daß sie aber nicht, wie bis jetzt, nur den Hotels und der Steuer zustehen dürfen, sondern darüber hinaus einem Fonds zuzuführen sind, aus dem Preisrückstellungen für die Unterbringung der Kurgäste zu den eigentlichen Bädern erheben, die aber einem Ausgleichsfonds zugeführt werden müssen, der den völligen Erlös der Kurtage und die kostenlosen Bäderverabreichung an Kinderbewilligte ermöglicht.

Die Anregungen, die Genosse Goslar in dem vorstehenden Artikel gibt, haben speziell für uns im badischen Lande Interesse. Unser Land ist ungemein reich an Kurorten. Heute müssen die Arbeiter und jene große Zahl von Angestellten und Beamten zusehen, wie ein Heer von Valutarichtmarokern und Parasiten aus dem eigenen Lande unsere Kurorte bevölkert, dort schmelzend und prassend einen oftmals aufreizenden Luxus treiben. Die wirklich erwerbstätige Bevölkerung röhrt sich das Jahr hindurch ab, überst im Produktionsprozess die Kraft und die Gesundheit, unterdessen sich in den Kurorten eine Gesellschaft tummelt und amüsiert, die von der Kur durch ihr Dasein und durch ihre Tätigkeit nützlich für die Allgemeinheit sind. Und außerdem: diese Valutarichtmarokern und „Kuragäste“ verteuern durch die Art, wie sie bei uns leben, der einheimischen Bevölkerung den Lebensunterhalt. Wir werden dies in der allernächsten Zeit im Lande besonders stark zu spüren bekommen. Der badische Landtag ist gegenwärtig wieder verammelt. Wir halten es für angedrängt, wenn er veranlaßt werden würde, zu den Fragen Stellung zu nehmen, die in dem Artikel des Genossen Goslar ausgesprochen wurden.

Die Anregungen, die Genosse Goslar in dem vorstehenden Artikel gibt, haben speziell für uns im badischen Lande Interesse. Unser Land ist ungemein reich an Kurorten. Heute müssen die Arbeiter und jene große Zahl von Angestellten und Beamten zusehen, wie ein Heer von Valutarichtmarokern und Parasiten aus dem eigenen Lande unsere Kurorte bevölkert, dort schmelzend und prassend einen oftmals aufreizenden Luxus treiben. Die wirklich erwerbstätige Bevölkerung röhrt sich das Jahr hindurch ab, überst im Produktionsprozess die Kraft und die Gesundheit, unterdessen sich in den Kurorten eine Gesellschaft tummelt und amüsiert, die von der Kur durch ihr Dasein und durch ihre Tätigkeit nützlich für die Allgemeinheit sind. Und außerdem: diese Valutarichtmarokern und „Kuragäste“ verteuern durch die Art, wie sie bei uns leben, der einheimischen Bevölkerung den Lebensunterhalt. Wir werden dies in der allernächsten Zeit im Lande besonders stark zu spüren bekommen. Der badische Landtag ist gegenwärtig wieder verammelt. Wir halten es für angedrängt, wenn er veranlaßt werden würde, zu den Fragen Stellung zu nehmen, die in dem Artikel des Genossen Goslar ausgesprochen wurden.

### Krise in der württembergischen Ordnungspolizei

Eine amtliche Mitteilung aus Stuttgart besagt: Das Dienstverhältnis mit dem Oberpolizeidirektor Hahn ist vom Minister des Innern mit Zustimmung des Staatspräsidenten am 31. März 1922 gelöst worden. Oberpolizeidirektor Hahn ist vom Dienst entbunden.

Unser Stuttgarter Parteiorgan bemerkt hierzu: Diese Mitteilung bedeutet eine Uebertragung für die breite Öffentlichkeit. Oberpolizeidirektor Hahn, der nach der Revolution die neue Polizeigarnitur geschaffen hat, hätte zwar seiner Herkunft — ursprünglich Volksschullehrer, später Amtsrichter — und Verdienst nach nicht recht in die bürgerliche Schablone. Die Meinungen, die zwischen ihm und dem Innenminister Gehmann entstanden, ließen sich erkennen, daß er das Verhältnis seiner Stellung zur Staatsverwaltung zuweilen nicht ganz zutreffend aufnahm. Seit der Lebensnahme des Ministeriums des Innern durch Herrn Graf aber habe man den Eindruck, als ob der neue Minister mit dem Oberpolizeidirektor ganz vortrefflich harmonierte. Das scheint aus bis vor einigen Monaten der Fall gewesen zu sein. Seit dem Spätherbst 1921 aber scheinen Persönlichkeiten im Ministerium des Innern zu Einfluss gelangt zu sein, denen die Fähigkeit der Behandlung individualistischer Verhältnisse nicht gegeben ist. Daraus sind bedenkliche Wirrnisse in der Polizeitruppe entstanden, die, wie wir hören, Gegenstand ausgiebiger Besprechungen im Staatsministerium gebildet haben. Mit diesen Wirrnissen hängen auch die Gründe zusammen, die den Minister des Innern zur plötzlichen Entlassung des Oberpolizeidirektors in den für die Öffentlichkeit veranlaßt haben.

Wie dieser Entlassung kommt ein Konflikt zur Kenntnis der Öffentlichkeit, der nicht ganz leicht zu nehmen ist. Bei dem Charakter der beiden beteiligten Hauptpersonen ist anzunehmen, daß die Angelegenheit noch weitere Kreise ziehen wird. Die Öffentlichkeit wird nach den sichersten Gründen der Entlassung fragen und dann wird zu prüfen sein, ob der Entlassene

diese Gründe durchschlagend entkräften kann. Neben diesen Fragen aber wird die Nachfolgerschaft des Herrn Hahn und die ganze Organisation der staatlichen Ordnungspolizei noch zu Erörterungen Anlaß geben.

### Ein belgischer Sozialist über den Wahnsinn der Sanations- und Reparationspolitik

Eine belgische Arbeiterdelegation hat kürzlich das besetzte Gebiet und das Ruhrgebiet zu Studienzwecken bereist. Es waren Absolventen der Arbeiterfortbildungsschule Brüssel unter Führung des belgischen Sozialisten Henry de Man. Im Gespräch in Köln hielt de Man in deutscher Sprache eine sehr bemerkenswerte Rede gegen den Friedensvertrag, diesen politischen und wirtschaftlichen Irrsinn, und gegen die Okkupation der Rheinlande. Wir geben aus seinem Aussprechen folgendes wieder:

„Es ist nicht der Eindruck der Freude über das Darniederliegen des besetzten Gebietes, die uns besetzt. Wer als Vertreter einer Entente macht nach Deutschland kommt, um sich zu freuen an dem Bild einer verelendeten, verflachten, gekümmerten Nation, könnte sich allerdings freuen. Wir fühlen uns nicht als Vertreter einer siegreichen Macht. Es gibt keine siegreichen Völker. Alle Völker sind durch den Krieg befreit worden.“

Von allen Kriegesfolgen sind die moralischen am schlimmsten. Es ist gefährlich für ein Volk, in einem Krieg zu siegen. Es muß deutsche Sozialisten nach der Revolution mandamental zur Verzweiflung gebracht haben, zu sehen, daß die Arbeiter Frankreichs, Belgiens und Englands nicht dazu übergehen konnten, einen Einfluß auf ihre Regierungen auszuüben, damit Deutschland ein gerechter Frieden gewährt werde. Die Macht und Ordnungspolitik, die die Politik des Krieges im Frieden fortsetzen wollte, hat eben Schicksal erlitten. Die Reparationspolitik vom Standpunkt der Entente aus, hat Bankrott gemacht. Statistisch ist nachgewiesen, daß nur ein Siebentel der Reparationsleistungen bereits für den Wiederaufbau verwendet worden sind. Wenn man dazu die Aufwandskosten der Entente länder nimmt, schließlich die Rechnung mit einem glatten Defizit.

Das belgische Volk, das zur Sicherung der belgischen Reparationen dienen soll, ist größer als die gesamte deutsche Reichswehr, und Frankreich hat das größte siehende Heer, das je in der Geschichte aufzuweisen hat. Wenn wir die belgischen Soldaten für die Tage ihrer Dienstzeit mit produktiver Wiederarbeit beschäftigen könnten, würde das gesamte belgische Gebiet wieder flüchtig ausgehoben sein. Die deutsche Arbeiterklasse verachtet hat, aber diese Leistungen müssen begrenzt werden auf den wirklichen Wiederaufbau, und das bedeutet die Streikung von mindestens zwei Drittel der deutschen Schuld. Mindestens zwei Drittel werden für die Bezahlung von Kriegskosten und Pensionen benutzt, die direkte Folgen des Krieges sind und für die jedes Land selbst aufkommen sollte. Ich bin überzeugt, daß die Motive zur Okkupation des linken Rheinufer sind der Leistung von Reparationsleistungen hinter wenig zu tun haben. Das geht schon aus der Tatsache hervor, daß der ganze Staat viel mehr Kosten verursacht hat, als an Reparationen jemals eingebracht werden kann und wird. Wir treten ein für sofortiges Ende der Okkupation, für die Befreiung der Ruhrgebiete, die sich zusammenfassen in den Worten: Fortsetzung des Krieges im Frieden. Wir wollen einen wahren Frieden.“

Der Sozialist de Man, der also vernünftig ist, stammt aus einer alten belgischen Wälsfamilie. Er ist längere Zeit vor dem Krieg in Deutschland gelebt und studiert, u. a. auch in Leipzig, wofür er in der Redaktion der „Leipziger Volkszeitung“ ein guter Bekannter war.

### Die deutsche Marine und die Revolution 1918

In den konservativen „Grenzböden“ sind in einem Geiste Erlebnisse der Kriegsjahre enthalten, die von Mitgliedern beinahe aller deutschen Parteien stammen. Eine psychologische Erklärung dafür, warum zuerst die Marine zur Revolution gestritten ist, gibt Martin Timms, kaiserlicher Leutnant, S. 8. Er schreibt: „Wer weiß es, was es heißt, vier Jahre in enger Kameradschaft zu wohnen, vier Jahre mit dem Kopf an das Stahlgitter zu stoßen, vier Jahre rechts und links und vorn und hinten immer wieder diese dunklen Wände, die tauben aquatischen Spinde zu sehen? Leben sich immer und immer die gleichen Gefühle, den gleichen Zahl aus Pressen, der lange Jahre durch.“

Frisch-fröhlicher Krieg, — Nein! Wir mußten hinaus in die Nordsee spähenden, wungheschaute Augen Tage und Nächte.

### Das Winkelquartett

Eine komische Kleinstadgeschichte von Anna Croissant-Puff

(Fortsetzung.)

„Wo ist er?“ fragte der Frihl, dem's nicht einfiel, seinerseits zu grüßen; die Frage, die er von alters her getan. Der Alte deutete, ohne viel Worte zu verlieren, mit dem Pfeifenstiel nach oben und schaute dann, wie es jeder Schuster von altem Gehalt zu machen pflegt, auf Frihls Stiefel und sogeleich mißbilligend wieder in die Höhe, denn was ein rechter Schuster ist, einer vom alten Schlag, verachtet Fabrikarbeit, und verachtete sie noch mehr zu damaliger Zeit. Das war fast so schlimm, wie wenn einer sein Hemd anhatte, denn der Frihltrog, abnungslos was dabei in einem schusterlichen Gemüt vorgehen könne, seinen Grundgedanken gemäß ganz billige „Stuben“ maffeloser Fabrikarbeit. Der Richtung des schusterlichen Pfeifenstiels, nicht der des Blickes folgend, entdeckte der Frihl eine Türe, die früher nie dagewesen, und weil niemand Miene machte, ihn besonders zu bewillkommen oder ihn in ein Gespräch zu verwickeln, und die zwei nur weiterklopfen, wie wenn er gestern erst in der Werkstätte gewesen wäre, der Jüngere sogar von der Höhe seiner schönen Männlichkeit herab, mit ausgeprägtem ironischem Gesicht, stieg der Frihl wie ein beleidigter Heiner Godel auf die Türe zu, und fand eine schneeweiße, noch ganz neue Stiege, die er hinaufstieg, bis er vor einer Tür droben Halt machte. Aus der Türe schallten nämlich die schwachen Töne einer Harze, und einer sang mit einer dünnen jüngerlichen Stimme. Der Frihl hielt an und lauschte, und sein Gesicht verjerte sich vor Kohn. So verirrt er sich also die Zeit! Das genügte ihm? Das war die Vorbereitung für die Unversittat? Doch war's der Ueberraschung nicht. Beim Eintreten sah sich der Frihl in einem neuen blühenden Zimmer, ein einziges Bett darin dokumentierte den Marx als alleinigen Besitzer. Innerdort! Wann war in diesem Hause jemals irgendwo ein Bett gestanden? — Das Zimmer hatte zwei Fenster, und die Sonne schien herein, und die Blumen blühten davor; an der frischgrünen Wand hingen ein paar Bilder, in einem völlig neuen Bücherregal standen Bücher, auf einem Tisch lagen wieder Bücher, und Papier und Feder daneben und mitten drinn, nein, dicht neben den Büchern sah der Marx in einer Art von Schaustuhl, hielt die Gitarre im Arm, ließ sich von dem

er große blaue Augen in die Ferne und tat von der Hergehoheit nichts, nichts, nichts!

„Was ins Innerste getroffen und ergreift sie ihn der Frihl an?“

„Du hast, scheint mir's, jetzt eine neue Profession, willst ein Tagelöhner werden?“

Von dem lauten und schrillen Ton dieser Stimme kam der Marx aus seinen Fernen zurück; erschrocken war, aber ganz und gar nicht so sehr, wie es der Frihl erwartet hatte.

„Ganz und gar nicht“, sagte er leise; zaghaft und stolz zugleich, legte er seine Hand auf den Stolz Bücher neben sich und sagte: „Da schau, ich studiere, ich lese.“

Der Frihl lachte, ein böses Lachen war's, und seine kleinen Augen funkeln.

„Wo steht du net auf?“ Das war sein alter Ton, und wie in alten Zeiten folgte der Marx, oder es war Würde in seinem Tun und er sagte: „Entschuldig, und seh du dich.“

„Was? Was war denn das für eine neue Mode! Wo hast du das gelernt?“ und er machte drei fürchterlich übertriebene Wacklungen und schrie dazu: „Bei der Baronin Lohberg, bei Gnade der Baronin Lohberg, bei der Geliebten.“

„Sei still, Frihl, ich dulde nichts Gemeines da herinnen, sie kann tun, was sie mag, schrei nicht so; ich bill' dich!“

„Ich schrei, wie ich mag, und ich red von der Leber, ich, meine Duadauerei hab ich ja. Was war denn das für eine Wirklichkeit? Seid ihr alle fürchten worden? Wie empfängt man mich? Seid ihr der Kammerdiener Frihl Glode, verstanden! Ich hab ein feines Geschäft aus eigenen Kräften, ich hab eine Braut, die eingetragenermaßen achtzigtausend Mark Mirisch bekommt, und gleich kann ich sie haben, wenn ich sie will, brauch nur mit dem kleinen Finger zu winken. Und wie respektiert ihr das? Bist du ein Baron worden? Muß ich etwa Herr Baron zu die sagen wegen der lumpigen paar hundert Mark, die sie die wegen deinem Dasein noch zuletzt an den Kopf geworfen haben? Hast Angst, ich will was davon? Ich will dir, mir, aber als mein Freund sollst du dich benehmen! Wie geht denn das zu bei euch? Was ist denn das für eine Wirklichkeit? Der Alte macht a Gesicht wie a Großmogul und der Junge wie a Türl, der die ganze Stadt als Dorem gepachtet hat — es ist gewiß jetzt eine Ehre, wenn man mit euch verkehren darf? Bewandt mit dem Hause Lohberg? — Muß man sich anmelden lassen, eh man in deine Gemächer eintritt? Was haben der Herr Baron geerbt? Was geduldet der Herr Baron zu tun? Wie weit sind der Herr Baron mit seinen Stuben?

Doch ich nicht laß! Der kinkende Marx und studierte! Der Marx und die Unversittat! Die Unversittat! Herrgott, manchmal müßt' dich grad der Jörn umbringen!“ Er wurde kirchlich, ganz wie die Mutter Glode, wenn sich ihr Axtalotzorn von weitem ankündigte, und plötzlich brüllte er los: „Wie viel als du kriegt hat, will ich wissen, auf der Stell sagst mir's, Wenig, ohne Unschönheit! Ich steh dir für nix. Es kommt sein, ich müßt dich halber umbringen da heroben in deiner Dodelstube!“

Und wirklich drang er förmlich auf den Marx ein, und packte ihn fest bei den Handgelenken und schüttelte ihn.

„Kautlos hast dich der Marx schütteln und schaute nur halb traurig und halb furchsam mit seinen großen blauen Augen nach dem Wäldchen.“

„Brauchst mich nicht halb umzubringen“, sagte er leise, — es braucht nicht so weit zu kommen, es ist kein Geheimnis — er richtete sich stolz auf, „ich habe ganzigtausend geerbt und ich studiere das, was mich freut, und hoffentlich wird noch was aus mir; aber jetzt laß los!“ sagte er ernsthaft und fest.

Unschuldig lag der Frihl los: „Zwangsgelauden?“ stotterte er. „Ich kann's net hören, ist kann's net vertragen, mach keine schlechten Wit! Und du, du — studierst und ich?“

Und plötzlich löste sich die Spannung in ihm, alle aufgesperrte, achte Aufregung, aller Jörn überflutete sich förmlich, er kniete zusammen, es fing an ihn zu stoßen und er begann zu weinen. Ein verheißenes eigenjüngiges Schlußwort war's, das den Marx hilflos und furchsam machte, er wußte nicht, was tun. Duldet er den Frihl links bei der Hand nehmen und ihn rechts stein, ihm in seiner Verwirrung zusehen, aber der Frihl ihm zurück, sprang auf und brüllte: „Müß mich nicht an, du Tropf, du falscher, aus is mit uns!“ und rannte hinaus, ohne ihm einen Gruß gegeben zu haben.

Auf der Treppe blieb er fest des Marx's Mutter um, er sah sie nicht und hätte sie überhaupt nicht mehr gefannt.

In ihrer Angst, weil sie trauende Stimmen hörte, war sie schon eine geraume Zeit draußen geblieben, die lauten Stimmen hatten sie aufgehört und erschreckt, sie bangte jetzt für ihren Marx. Jetzt war er ihr das liebste unter ihren Kindern, es war ja auch gewissermaßen in Erfüllung gegangen, was sie für ihn gehofft. So oft sie jetzt von ihm sprach, kam ein Wang in ihr Gesicht, das noch immer faltlos war, und das nicht könne Wälschermüß nicht verleugnete.

(Fortsetzung folgt.)

Herüber, übermüdet, ermüdet und erschöpft lehrten wir heim von nutzloser Fahrt, o, wie drückte das beim hundertsten Male! Konnten wir nicht besser bei Muttern sitzen, bei Frauen und Kindern? Die wie wehenden Nebelschwaden und immer der riesende Regen und die Dämme und Weide und Wiesen so kühl und erlosch, so furchtbar endlos und der Strandabschied voll löseln Geruchs und die Jade so träge und lehmig: einträglich das Bild unseres Lebens!

Mit unheimlich sicherem Instinkt konnten wir den Augenblick erkennen, wo ein Anstoß genügen würde, unsere Nerven reizen zu lassen. Ein wildes Aufbäumen des Leibes, ein Aufreißen des Gewebes, ein Aufreißen der Sinne, mühte es, mühte Befreiung bringen. Wir waren ja keine Menschen mehr, lebten in dampfer Ohnmacht dahin, stieß am Körper und Geist. Auf jeden einzelnen Nerven drückten die tausende Zentner Stahl des Schiffes und leiser Kopfschmerz legte sein dauerndes eisernes Band um die Stirn und erdrückte neue Gedanken und meuchelte Spannkraft.

Der leise werdende Ruf: Revolution! ließ unsere mühen Nerven reizen. Eine Tat! Erlebens Wort! eine Tat! Welche? — Gleich! — Nur eine Tat! Alle Instinkte brachten, alles Gute und alles Schlechte, jahrelang verhaltene Kraft konnte sich zu dieser einen Tat! Revolution! Ein Aufschrei der Bewegung ging durch mich und viele meiner Kameraden!

### Die englische Presse gegen Poincaré

Die angesehensten und einflussreichsten englischen Mütter denken sich in auffälliger Schärfe gegen die jüngsten anstößigen Reden Poincarés. Offen wird davon gesprochen, daß sich Frankreich durch das frivole Verhalten dieses Mannes, isoliere, der eine Gefahr für ganz Europa darstelle. Nur die „Times“ stimmt Poincaré zu, wie sie ja seit Jahren gegen Deutschland steht.

„Bestimmter Gazette“ nennt die Rede eine an Deutschland gerichtete Drohung. — „Daily Herald“ bespricht seinen Leitartikel über die Rede Poincarés und gibt den europäischen Staatsmännern den Rat, Poincaré zu ignorieren und ihren Weg weiter zu verfolgen. Wenn Poincaré seine Stellung aus Genua zurückziehen wolle, so sollen sie um Dimeurs wollen gehen. Sie seien dort nur eine Plage. Poincaré sei eine Gefahr, weil er ernt genommen werde. Sobald der Welt entfällt sei, werde er aufhören, Europa zu besetzen. — „Daily News“ schreiben, Poincaré redet wild von der Entschlossenheit, Maßnahmen wenn nötig allein zu treffen, um Deutschlands Rufe zu leeren. Das bedeute, daß er wisse, Großbritanien werde ins Ruhegebiet nicht einmarschieren. Es bedeute aber auch die moralische Isolierung Frankreichs, die für alle offenkundig sei. — „Daily Chronicle“ schreibt: die seltsame Aktion der französischen Delegation in Genua am letzten Samstag wurde von den in Genua anwesenden Personen auf das Freizeiten Poincarés zurückgeführt. Dieser Eindruck werde jetzt durch die unglückliche Rede bestätigt. Die Poincarés gelten in Paris-Duo hielt. Die Drohungen mit den Zwangsmaßnahmen sei die letzte Drohung, daß Frankreich die Alliierten unterdrückt lassen und den Sölden allein schwingen werde, wie es ihm in Frankreich geschwungen hat. Die Alliierten Frankreichs könnten nur antworten, was sie damals sagten, nämlich das, daß, wenn Frankreich bei seinem Verfahren gegenüber Deutschland seinen eigenen Weg gehe, es die weitere Unterstützung Englands nicht erwarten könne.

### Sozialdemokratischer Wahlsieg in Schaumburg-Lippe

Bei den Wahlen zum Schaumburg-Lippischen Landtage am Sonntag wurden im ganzen 21 301 Stimmen abgegeben. Davon erhielten die Sozialdemokraten 12 349 und die Bürgerlichen 11 952 Stimmen. Die Einzelgewinne stellen sich wie folgt dar: Reichstagssozialdemokraten 10 783, Unabhängige 1566, Deutsche Volkspartei 3845, Deutschnationale 2506, Wirtschaftsbereinigungs-

### Feht

Solch kleines Meri, fünf Buchstaben... und diese Unannehmlichkeit von Leid und Qual und Bohm und Glück und Freude. Feht es sich schon einmal gepackt, dies „Feht“, daß du erschauerst und mit einem Male fühlst und heilt...

Feht — geschieht irgendwo ein Wunder. Ein Kind wird geboren, eine Mutter weint vor Glück, nicht achtend aller Schmerzen und Sorgen...

Feht — fällt ein Vater, eine Mutter, eine Braut die Augen zum letzten und längsten Schlaf. Kinder stehen an einem Bett und hagen und sind erschrocken und wissen von nichts. Die Sorge legt ihren grauen Spinnennetz um einen Hals und graut und drückt...

Feht — lösen Menschen in weichen Kollertüchern um einen Tisch, sehen umher auf weichen Teppichen aus Woll und sind schon geliebt... und trinken Wein und laden und scherzen und eßen... Söhnen, deren Namen du noch nicht einmal gehört hast. Eine Musik-kolle spielt...

Feht — sitzen Weber und Spinner mit schmerzenden Rücken... Arbeiter stehen mit nacktem Oberkörper vor großen Oefen und ihre Augen brennen von der roten Glut... Vergleute kauern im Dunkel der Erde und schlagen die harte Kugel los. Seelute fahren im Sturm und Rot und reihen ihre Hände blutig an nassen Launen und söltschen die Augen und krampfen die Hände um kaltes Eisen...

Feht — lüht einer vor seinem Schreibtisch und raucht eine Zigare und sieht den blauen Ringen nach, streicht mit der rechten, an der ein roter Stein blüht, durch seinen Bart und lächelt. Er denkt an die 40 % Dividende und die Gratissattien der Zuckerrüben...

Feht — liegt ein Arzt am Bett eines kranken Kindes und er schüttelt den Kopf und murmelt im Fortgehen etwas von Milch und Zucker und Butter... eine Frau steht ihm nach und sucht die letzten Groschen und ballt die Faust und lacht: Mutter?, Milch? und streicht ihr blaßes Kind und weint...

Feht — verkauft ein Mädchen ihre Anfschuld um einen schmutzigen Geldschein...

Feht — ein junger Mann sitzt auf seiner Dachstube und sieht und schreibt von Liebe und Treue, und seine Augen suchen ein Bild, das auf dem Tische steht...

Feht — weinen Kinder...

Feht — verarmte Frauen stehen vor schmutzigen Spülkannen...

Feht — ein Alter erhängt sich auf dem Bodenraum einer Mietkassene irgendwo in einer großen Stadt.

Feht — hast du schon einmal daran gedacht, daß sich daraus das Leben, dein Leben aufsummiert???

B. G.

996, Parteienliste 545, Landbund 1837, Wanderverbund 1771, Demokraten 1992, Nationalsozialistische Vereinigung 140. Das Verhältnis im Landtag bleibt, wie es gewesen ist. Die Sozialdemokraten behielten die Mehrheit.

### Ausweisung eines deutschnationalistischen Siegels

Der Geschäftsführer des Alldeutschen Verbandes, Rudolf Heider, ist, wie allbekannt, aus Preußen ausgewiesen worden. Die von amtlicher Seite mitgeteilte Nachricht über die Ausweisung Heiders, der Leiter der in Preußen erfolgten, weil er wegen Verleumdung des Reichspräsidenten zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden war. Er hat in einer öffentlichen Versammlung in Stettin vom Reichspräsidenten u. a. als einem „Kochschinkenbräuer“ geschrien. Diese fälschliche Verleumdung des Reichspräsidenten stellt einen groben Mißbrauch des Wahlrechts dar, sodaß die Regierung großen Mißbrauch des Wahlrechts durch Gebrauch machen zu müssen.

### Badische Politik

**Der Haushaltsausgleich zu den Kultusforderungen**  
Am Dienstag vormittag setzte der Haushaltsausschuß, nachdem er die Bewilligung der seitens des Finanzministeriums borgelegenen Gelder für Bauten zwecks rascher Ausführung wie am Tage vorher für die anderen Ministerien ausgesprochen hatte, die Beratung des Haushalts für das Ministerium des Kultus und Unterrichts fort. Zur Erledigung stand die Position: Kultus. Darin sind die Ausgaben festgelegt für den römisch-katholischen, den evangelischen, den evangelischen und den israelitischen Kultus. Der Reichsausschuß, Gen. Abg. Strobel, stellte den Antrag, die Streitfrage, ob der Staat die rechtliche Verpflichtung habe, die angeforderten 5 238 260 M. den genannten religiösen Gemeinschaften zur Verfügung zu stellen, zur Zeit nicht aufzurollen. Das könne später geschehen, wenn die Auseinandersetzungen über das Verhältnis zwischen dem Staat und den Kirchengemeinschaften stattfinden. Alle Parteien traten dieser Auffassung bei; die Positionen wurden daraufhin mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien bewilligt; die Sozialdemokraten, ebenso die Unabhängigen enthielten sich der Stimme. Es wurde noch ausgesprochen, daß sich die Parteien durch ihre Abstimmung keinesfalls dafür oder dagegen entscheiden haben, ob sie die rechtliche Verpflichtung des Staates zur Einziehung der genannten Positionen in den Voranschlag des Ministeriums für Kultus und Unterricht anerkennen.

### Die Sterblichkeit in Baden im Jahre 1920

Nach den Erhebungen des statistischen Landesamts betrug die Zahl der im Jahre 1920 Gestorbenen (ohne die Totgeborenen) 32 763, d. h. 14,6 Prozent der mittleren Bevölkerung. In die Mitte des vorigen Jahrhunderts belief sich diese Ziffer auf 27,9 im letzten Friedensjahre (1913) auf 15,2. Das Jahr 1920 hat also wohl die geringste überhaupt je in Baden festgestellte Sterblichkeit aufzuweisen. Von den Gestorbenen sind 73,0 Prozent in ärztlicher Behandlung gestorben bzw. hat ein Arzt die Todesursache festgestellt; 21,0 Prozent sind in Anstalten gestorben. Unter den Todesursachen steht die Altersschwäche an erster Stelle (11,1 Prozent aller Sterbefälle); an zweiter Stelle steht die Lungenschwindsucht (10,1 Prozent). Auch Lungenentzündung, Krebs, angeborene Lebensschwäche, Magen- und Darmkatarrh (Sänglinge) und Gehirnschlag (ältere Leute) spielen eine große Rolle. Von den übertragbaren Krankheiten erforderte die Influenza 1233 Opfer.

Besonderes Interesse beansprucht die Säuglingssterblichkeit. Um die Mitte des vorigen Jahrhunderts kamen auf 100 Lebendgeborene 25,5 im ersten Lebensjahre Gestorbene; diese Verhältniszahl sank bis zum Jahr 1913 auf 13,8; im Jahre 1920 betrug sie 11,8. Damit hat im Jahre 1920 die Säuglingssterblichkeit in Baden einen außerordentlichen Tiefstand erreicht. Auch im Vergleichsjahr war die Zahl der im Säuglingsalter gestorbenen Kinder größer als die der Mädchen; bei den Knaben betrug das Verhältnis 12,7, bei den Mädchen nur 10,0. Die Sterblichkeit der unehelichen Kinder erwies sich größer als die der ehelichen; diese belief sich auf 10,9 Prozent der im ersten Lebensjahre Gestorbenen, jene dagegen auf 19,0 Prozent.

### Die badischen Heil- und Pflegeanstalten in der Kriegs- und Nachkriegszeit

Die weit verbreitete Ansicht, der Weltkrieg 1914/18 habe eine Ueberfüllung der Irrenanstalten zur Folge gehabt, trifft nach den vom statistischen Landesamt gemachten Ermittlungen nur für das erste Kriegsjahr zu. In der Zeit von August 1914 bis September 1915 ist die Zahl der in den badischen Heil- und Pflegeanstalten sowie in den psychiatrischen Kliniken in Heidelberg und Freiburg untergebrachten Geisteskranken von 4406 auf 4566 gestiegen. Von da ab ist die Zahl der Kranken ständig bis über das Kriegsende hinaus gesunken, besonders stark in den kalten Monaten des Frühjahrs 1917. Am 31. Dezember 1919 waren in den badischen Anstalten für Geisteskranken nur noch 3158 Kranke, also 1248 weniger als bei Kriegsausbruch untergebracht. Diese auffallende Entleerung der Anstalten, die auch bei den Kreispflegeanstalten des Landes zu beobachten war, erklärt sich einmal aus der ständig abnehmenden Zahl der Aufnahmen in die Anstalten, und dann aus der Zunahme der Sterblichkeit in denselben. Im Jahre 1917 sind nicht weniger als 1067 Anstaltsinsassen — ein Mehrfaches der Todesfälle in den Vorjahren — gestorben. Mit Anfang des Jahres 1920 ändert sich das Bild; die Sterblichkeitsziffer sinkt seitdem fast von Monat zu Monat, während die Zahl der Aufnahmen in die Anstalten zunimmt. Während die Zahl der Aufnahmen in die Anstalten zum Heil- und Pflegeanstalten, besonders beim weiblichen Geschlecht, in nächster Zeit noch weiter anfährt, vielleich sogar sich verstärken wird.

Dem badischen Landtag sind eine Reihe Gesetze vorgegangen. Neben mehreren Beamtenpetitionen befindet sich darunter ein Gesetz der Ignaten der Freiherren von und zu Wodmannschen Familie zur Aufhebung des Sonderrechts der Stammgüter bezüglich Regelung der Abfindungsbedingungen. Der Verein badischer Bürgermeister petitioniert betr. Zusammenfassung der Schlachtensauschüsse für Gemeinde- und Körperschaftsbeamte. Vom Gemeinderat Schriesheim liegt ein Gesetz betr. einer Verkehrsverbindung zwischen Mannheim und Schriesheim vor.

### Volkswirtschaft

**Einheitszölle zur Unterstützung des Ziehlingsweizens**  
Der Ziehlings- und Wohnungsausschuß des Reichswirtschaftsrats sagte am 22. April eine Entschliessung, in der erklärt wird, daß die Einheitszölle des Landesbarzeins für den Quadratmeter Grundfläche nicht mehr ausreichend sind und daß diese Zölle auf mindestens das Fünftache als unterste Grenze für die Höchstzölle unverzüglich festzusetzen sind. In einer anderen Entschliessung wird die Reichsregierung erücht, erhöhte Mittel für Arbeiterberufshilfe zur Verwirklichung neuer Beamtenwohnungen zur Verfügung zu stellen. Auf die Länder soll die Reichsregierung in gleichem Sinne einwirken. Es wurde ein Arbeitsauschuß zur Untersuchung der Bauhofpreise eingeteilt,

der seine Untersuchung zunächst auf Ziegel, Kalk, Mörtel und Glas erstrecken soll.

### Aus der Partei

**Agitationbezirk Karlsruhe**  
**Bildungs-Vorträge**  
Wülfshaus: 29. April, abends 7 1/2 Uhr, im „Laud“. Thema: „Die neue Gemeindeordnung“. Ref.: Gen. Landtagsabg. Kurz-Gödingen.  
Görden: 6. Mai, abends 8 Uhr, im „Anter“. Thema: „Die neue Gemeindeordnung“. Ref.: Genossin Landtagsabg. Fischer-Karlsruhe.  
Dürren: 7. Mai, nachm. 3 Uhr, im „Schloßgarten“. Thema: „Stenerfragen“. Ref.: Gen. Seiler-Karlsruhe.  
Karlsruhe: 7. Mai, nachm. 3 Uhr, in der „Krone“. Thema: „Stenerfragen“. Ref.: Gen. Stab. Wöhrlinger-Karlsruhe.  
Das Parteisekretariat: Oskar Trinks.

### Neuregelung der Parteibeiträge

Die Debatte, die im „Vollfreund“ über die Neuregelung der Parteibeiträge geführt wird, findet auch in württembergischen Genossentreffen Beachtung. Die „Schwäbische Tagwacht“ hatte den Vorschlag des Genossen Trinks ebenfalls veröffentlicht. In der Montagausgabe unseres Stuttgarter Parteiorgans lesen wir folgendes:  
„Die in Nr. 90 neu aufgeworfene Frage der Beitragserhöhung und der in diesem Zusammenhang erwähnte Vorschlag des Genossen Trinks (Karlsruhe) zur Einführung der gestaffelten Beiträge hat uns inzwischen mehrere mündliche Zustimmungserklärungen eingebracht. Das heißt, die betreffenden Genossen sind grundsätzlich mit einer Beitragserhöhung einverstanden und stehen einer Anpassung der Beitragssätze an die Einkommensverhältnisse sympathisch gegenüber. Bedenken wurden erhoben gegen den in dem badischen Vorschlag enthaltenen Abführungsmodus: 50 Prozent dem Parteivorstand, 30 Prozent dem Landesvorstand, 20 Prozent dem Ortsverein (sicherlicher Modus Parteivorstand 25, Landesvorstand 25, Ortsverein 50 Prozent). Diese Bedenken erscheinen verächtlich; ihnen könnte ja wohl ohne weiteres Rechnung getragen werden. Der etwaige Einwurf der Komplikation des Berechnungsgeschäfts mit den Ortsvereins- und Unterabteilungen durch die notwendig werdende Einführung von vierfachen Markensorten wäre weniger ernst zu nehmen. Man braucht keineswegs an einen Markenwandel zu denken. Nach entsprechendem Stempelaufdruck lassen sich die jetzigen Markenbestände ruhig weiterverwenden. Viel wichtiger ist es, der Erkenntnis von der zwingenden Notwendigkeit einer Beitragserhöhung die erforderliche Mühen zu verschaffen. Und da ist die Feststellung von Nutzen, daß auch bei den übrigen Arbeiterparteien die Beitragsfrage zurzeit akut ist.“  
Zum Schluß: Parteigenossen und Genossen in Land und Stadt! Nehmt in der nächsten Mitgliederversammlung, Ausschußsitzung, Bezirks- oder Kreisversammlung ernstlich Stellung zur Frage der Beitragserhöhung. Erwägt vor allem die Einführung bzw. Möglichkeit der Staffelleistungen und teilt eurer Presse recht bald die gefaßten (zustimmenden) Beschlüsse mit oder beauftragt das Bezirks- resp. Landessekretariat mit der Ausarbeitung einer entsprechenden Vorlage.

Weinarten, 26. April. Karl Anoll f. Dienstag abend verstarb nach langem Leiden unser Parteigenosse Karl Anoll im Alter von 40 Jahren. Der Verstarbene war ein langjähriges Mitglied unserer Partei, er gehörte auch dem Bürgerausschuß an und beteiligte sich immer eifrig an der Parteiarbeit. Die Partei wird sein Andenken immer in Ehren halten. Die Beerdigung findet Donnerstag abend 7 1/2 Uhr statt. Die Genossen werden um zahlreiche Teilnahme ersucht.

### Jugend und Sport

**Arbeiter-Turn- und Sportbund**  
Der Kampf um die süddeutsche Meisterschaft im Geräteturnen  
Aus dem 7. Kreis (Wagern), 8. Kreis (Württemberg), 9. Kreis (Hessen, Odenwald) und 10. Kreis (Baden, Pfalz) traten am Sonntag im Hippodrom in Frankfurt a. M. 26 der besten Turner zum Kampf um die Süddeutsche Meisterschaft in Geräteturnen an. Die „Frankfurter Volkszt.“ berichtet darüber u. a.: Die Leistungen waren in turnerischer Beziehung außerordentlich hochwertig. Leistungen, die als künstlerisch gelten können und von dem Vertreter der Regierung als fastbaharig bezeichnet wurden. Bei den Einzelübungen an den Geräten und auch bei den Gruppenübungen trat das Bestreben aller Turner und Turnerinnen hervor, in sportlicher Beziehung das möglichst Beste zu leisten.  
Bei den Geräteübungen wurden folgende Punktwertungen (wir lassen hiermit die ersten 6 folgen) erzielt: Franz Drabold (Lampertheim) 156%, Heinz Maier (Kelllingen a. d. Fulda) 156%, Leopold Winger (Mittelheim) 154%, Heinrich Fries (Durlach) 154, Antoy Germann (Ludwigs-hafen) 153%, Wilh. Enderle (Weingarten) 153.  
Die Gesamterfolge der einzelnen Kreise sind als sehr gut zu bezeichnen. Den ersten Rang erzielte der 10. Kreis (Baden-Pfalz), an zweiter Stelle folgte der 8. Kreis Württemberg, an dritter Stelle der 7. Kreis Wagnern und den Schluß bildet der 9. Kreis Hessen. Die Meisterschaft am Reck erlangt Karl Maier, Kelllingen (10. Kreis) mit 55 Punkten, am Barren Max Lang, Würzburg, mit 53% Punkten, am Pferd Franz Drabold, Lampertheim (10. Kreis) mit 51% Punkten. Zu erreichen waren 60 Punkte.  
Spielleiterkonferenz der Gruppe C Karlsruhe. Allen Vereinskommisaren zur Kenntnisnahme, daß die auf Sonntag, den 30. April festgesetzte Spielleiterkonferenz der Gruppe C Karlsruhe, auf Sonntag den 7. Mai, vormittags 8 Uhr, verlegt werden muß, weil am Sonntag, den 30. April, der vom Bezirk festgelegte Spiel- und Sportplatz in der Zentralkuhnhalle stattfindet.

### Gemeindepolitik

7. Blaustein, 24. April. Am Sonntag fand im Rathaus eine öffentliche Versammlung statt, in der Genosse Abg. Kurz-Gödingen in ausführlicher Weise über „Die neue Gemeindeordnung“ sprach. Mit großem Beifall dankten die zahlreich erschienenen dem Redner für seine lehrreichen Ausführungen. In der Diskussion behandelte Genosse Seib die Regelung des Gabelholzes; er machte den Vorschlag, das Gabelholz von 12 auf 10 Ster herabzusetzen. Das dadurch frei werdende Holz — 608 Ster — so zu verteilen, daß eine große Zahl junger Bürger in den Genuss des Gabelholzes kommen würde. Würden z. B. die 608 Ster in Lose zu je 4 Ster eingeteilt, dann würden 153 junge Bürger in den Genuss kommen. Den älteren Bürgern würden ihre 10 Ster auf lange Jahre erhalten bleiben. Zu dieser Frage wird diese Woche noch eine Bürgerversammlung Stellung nehmen.



### Soziale Rundschau

#### Die Lage des Arbeitsmarktes in Baden

Der Arbeitsmarkt hat sich trotz Kohlenmangels im allgemeinen weiterhin günstig entwickelt. Die Erwerbslosenziffer ist wiederum gesunken, am Ende der Berichtsperiode befanden sich im ganzen noch 500 Kohlenverarbeiter in Unterstellung. Mit der Fälligkeit der Kohlenlieferungen, entsprechend ist auch die Abnahme der Kohlenarbeiterziffer wahrzunehmen. Angesichts der kommenden regen Bautätigkeit macht sich ein außerordentlich hoher Bedarf an gelernten und auch ungelernten Arbeitkräften geltend.

### Kleine badische Chronik

**Schweinfurt, 24. April.** In der Bahnhofsstraße nach Friedhof sind in der Nacht zum Sonntag 12 Drähte zwischen zwei Telegrafenmasten gestrichen worden. Es handelt sich um ein Quantum von etwa 70 kilo Kupfer im Werte von rund 7000 M. Durch den Diebstahl ist eine erhebliche Störung des Fernverkehrs verursacht worden. Insbesondere sind auch zwei Drähte von Genua nach Karlsruhe unterbrochen worden.

**Heidelberg, 24. April.** Fund eines Mammuthausens. In der Kiesgrube beim neuen Gaswerk wurde ein Mammuthausen von etwa 1,80 Meter Länge gefunden. Dasselbe ähnlicher Art in der Gegend von Heidelberg sind öfters gemacht worden; es wurde im vorigen Jahre bei Bödingen ein Strohhaus aus dem Neodar aus Sicht gezogen.

terer Rückgang der Sterblichkeit einschließlich der Kinder unter 1 Jahr, obwohl der heiße Sommer des vorigen Jahres gerade das Leben der Säuglinge besonders gefährdet hat. Jugenommen hat die Geburtenzahl und damit auch der Geburtenüberschuss.

**Berücksichtigte Fremdenkontrolle auf dem Lande.** In der letzten Zeit ist öffentliche Sicherheit auch auf dem Lande oft schwer beeinträchtigt worden, hat das Ministerium des Innern erneut seine scharfe Kontrolle, die den ländlichen Bezirken angeordnet. Gendarmen und Kreispolizei sind bereits mit den entsprechenden Anweisungen versehen.

#### Zur Nichtigstellung

In unserer Nr. 68 brachten wir eine Notiz „Der Reichspräsident in Berlin unbekannt“, die zum Inhalt hat, daß ein Brief mit der Aufschrift „An Herrn Reichspräsidenten Ebert in Berlin“ wegen ungenügender Wohnungsangabe von der Post nicht befreit worden sei. Wie uns von amtlicher Seite mitgeteilt wird, hat sich bei der Nachprüfung ergeben, daß der Brief dem Büro des Reichspräsidenten ordnungsgemäß vorgelegt worden ist. Die Annahme des Briefes ist aber, weil er wegen unzureichender Freimachung mit zwei Mark Nachgebühr belegt war, abgelehnt worden. Da der Absender auf der Rückseite des Briefumschlages seinen Namen als Absender nicht angegeben hatte, ist der Brief ordnungsgemäß dem nächsten Ausfühler für unbestimmte Postsendungen bei der Oberpostdirektion Berlin zur Ermittlung des Absenders zugeführt worden. Vorher war der Brief mit einem Zettel folgenden Wortlauts beklebt worden: „Ohne Wohnungsangabe oder sonstige nähere Bezeichnung ist der richtige Empfänger in Berlin nicht zu ermitteln. In diesem Wortlaut waren aber die Worte „Empfänger in Berlin“ handschriftlich durch das Wort „Abf.“ (soll heißen Absender) ersetzt worden. Dies ist bei Abfassung des Zeitungsaufsatzes nicht bemerkt und daher der Vermerk irrtümlicherweise auf den Empfänger statt auf den unbekannt gebliebenen Absender gesetzt worden, da das Wort Adressat nicht durchgeschrieben wurde. Damit entfallen die in dem Zeitungsaufsatz an das Vorkommnis geknüpften Bemerkungen und Angriffe gegen die Postverwaltung.

### Kleine Nachrichten

**Frankfurt a. M.** Wie jetzt bekannt wird, haben internationale Taschendiebe auf der letzten Frankfurter Messe reiche Beute gemacht. Außer vielen anderen erbeuteten die Gauner nicht weniger als 50 goldene Uhren im Gesamtwerte von 500 000 M. Es handelt sich um eine ganze Bande, von der drei Mitglieder festgenommen werden konnten. Bei ihnen fand man eine erhebliche Anzahl der gestohlenen Uhren.

**Berlin.** Reichspräsident Ebert hat nach der „Vollständigen Zeitung“ seinen Sitz im preussischen Staatsrat wegen Arbeitsüberbürdung aufgegeben. An seine Stelle tritt Landrat Seibold (Soz.).

**Dreslau.** Geiern wurde in Gletwitz der Elektrotechniker Poliska unter dem Verdachte verhaftet, den Vorkämpfer Ebergschke erschossen zu haben. Der Verhaftete leugnet die Tat.

### Letzte Nachrichten

#### Eine Erklärung des Reichskanzlers über den deutsch-russischen Vertrag

**Genoa, 25. April.** Vor den in Genoa anwesenden deutschen Journalisten führte Reichskanzler Dr. Brüch folgende aus: „Wir liegt daran, eine feierliche Erklärung in Ihrer Mitte abzugeben. In französischen Zeitungen wird die Frage gestellt, ob der Vertrag von Rapallo vollständig veröffentlicht ist, ob er geheime Bestimmungen enthält, oder ob er politischen oder militärischen Zwecken als Vorwand dient. Meine Erklärung lautet: Der Vertrag ist vollständig veröffentlicht worden und enthält keinerlei geheime Bestimmungen politischen oder militärischen Charakters. Dazu füge ich hinzu: Er ist nach unserer Auffassung als Friedensinstrument zu würdigen, und er ist auch der erste wahrhafte Friedensvertrag zwischen zwei Völkern, die miteinander in hitzigem Ringen gestanden haben. Er macht mit der Vergangenheit in gewissem Sinne „tabula rasa“. Worauf es für uns ankommt, das ist, mit dem russischen Volke zu einem wirklichen Frieden zu kommen und der Handelsverkehr zu erwidern, nach Osten freie Bahn zu erhalten. Wer uns nachfolgt auf diesem Wege, ist bei uns willkommen, und wir würden es sehr begrüßen, wenn in Genoa die Weltmächte mit Rußland zu einem Abgleich kommen, der ebenso wie der Vertrag von Rapallo friedlichen Entwicklungen die Wege ebnet.“

#### Eine englische Mahnung an die aufgeregten und aufgehetzten Franzosen

**Genoa, 25. April.** Der politische Sekretär Lloyd Georges, Sir Edward Grigg, gab englischen und amerikanischen Pressevertretern gegenüber eine Erklärung ab, in der er über die Rede Poincarés sagte: „Alles, was Poincaré über die Wichtigkeit der Zusammenarbeit der Alliierten gesagt hat, findet unsere herzlichste Zustimmung. Der einzige Kommentar, der für den Augenblick gemacht werden muß, ist der, daß die Rede ohne vorherige Beratung mit den Alliierten gehalten wurde.“ Die Worte des französischen Ministerpräsidenten, daß Frankreich eine Aktion innerhalb Deutschlands unternehmen

würde, ob die Alliierten sich beteiligen oder nicht, sind in keiner Weise geeignet, die Zusammenarbeit zu sichern.

Die französische öffentliche Meinung ist besorgt und aufgeregt über das russisch-deutsche Abkommen und ist überzeugt, daß das russisch-deutsche Abkommen in der einen oder anderen Weise ein Ergebnis der Genuefer Konferenz ist. Dieser Gedanke ist in Frankreich durch falsche Darstellungen in der britischen und französischen Presse genährt worden. Grigg fügte hinzu: Wir hegen keine Beforgnis vor einer deutschen oder russischen Drohung in Europa.

Wenn Deutschland und Rußland isoliert sind, muß allerdings zwischen ihnen eine enge Freundschaft bestehen.

Die britische Regierung ist entschlossen, die beiden Länder davon zu bewahren, auf die Schlachtbank geführt zu werden. Wir wollen eine offene und menschliche Politik gegenüber Rußland. Allerdings, sagte Grigg, sei die Haltung der Russen einer Regelung schwierig. Man könne sich schließlich nicht auf ein unendliches Schachern nach orientalischer Manier einlassen.

### Rußland gegen die Abänderung des deutsch-russischen Vertrages

Der Genuefer Korrespondent des „Berl. Tageblattes“ hatte mit Tschitscherin eine Unterredung, in deren Verlauf der russische Außenkommissar betonte, mit wie lebhafter Genugung der Vertrag mit Deutschland begrüßt worden sei. Im Hinblick auf den Versuch, einen Widerruf Deutschlands herbeizuführen, sagte Tschitscherin, Rußland würde es als einen gegen seine Selbstständigkeit und Souveränität gerichteten Angriff betrachten, wenn von gewissen Mächten versucht werde, einen Vertrag zu annullieren oder zu verändern, den Rußland mit einem Dritten abgeschlossen habe. Jeder Abänderung des Vertrages würde Rußland durchaus abweisend gegenüber stehen.

### Eine sozialistisch-radikale Sezrede

Der französische Kolonialminister Sarrau, der als Abgeordneter der sozialistisch-radikalen Partei angehört und Vorsitzender des Generalrates des Departements Nièvre ist, erklärte bei Eröffnung des Generalrates u. a., Frankreich könne nicht zugeben, daß der Vertrag auf die bereitgestellten Ansprüche, die ihm aus dem feierlich beschlossenen Friedensvertrag zustünde, oder daß die Abtretung dieser Ansprüche neue Opfer denen hinzufüge, mit denen es seinen Krieg bereits bezahlt habe. Frankreich, das herausgefordert und überfallen wurde, könne kein Gesicht auf sich nehmen, das schlimmer als das der Besiegten sei. . . .

Diese Notiz bringt das „Karl. Tagblatt“ in seiner heutigen Ausgabe ebenfalls und zwar unter der maßvollen Überschrift: „Militärische Sozialdemokratie.“ Wir haben den Major-Chefbedarfer dieses Wortes schon einmal darauf hingewiesen, daß die Sozialistinnen in Frankreich keineswegs mit dem Namen „Sozialdemokratie“ in diesem Sinne anzusprechen sind. Sie sind bürgerliche Demokraten, eine Richtung, die das „Karl. Tagblatt“ unter seinen bisherigen Redaktionen ebenfalls schon vertreten bezog, zu vertreten vorgab. Es könnte wirklich nicht schaden, wenn der Herr Major das noch hingulerten wollten.

### Um die Feier des 1. Mai

Nach einer Meldung aus Wien a. r. beschloß der bürgerliche Landtag nach heftigen Redekämpfen mit den Stimmen der drei sozialistischen Parteien gegen die Stimmen der bürgerlichen, den 1. Mai als gesetzlichen Feiertag zu erklären.

Nach einer Meldung hat das Hessische Landesausschuss für das Bildungswesen eine Bekanntmachung erlassen, wonach der Schulunterricht am 1. Mai in Hessen ausfällt.

### Schwierige Finanzlage in Bayern

München, 25. April. Bei der gestrigen Beratung des Haushaltsausschusses behandelte der Referent die schwierige Finanzlage des Staates. Der Haushaltsentwurf ist um 1 Milliarde 397 Millionen Mark gestiegen und weist einen Fehlbetrag von 183 Millionen Mark auf. Zu dem gewaltigen Anstieg hat in der Hauptsache die riesige Steigerung der Ausgaben für Wohltätigkeit, soziale Fürsorge und Wohlfahrtspflege mit 136 Millionen Mark beigetragen.

Schriftleitung Georg Schödlin. Verantwortlich: für Artikel, Politische Redaktionen und Letzte Nachrichten Hermann Kadel; für Badische Politik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtszeitung und Feuilleton Hermann Winter; für Aus der Stadt, Gemeindepolitik, Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Geleke; für den Anzeigenenteil Gustav Kräger, sämtliche in Karlsruhe.

### Gedenket der Sammlung „Altershilfe“.

Ependen für den Erbschaftssteuer-Karlsruhe, auch die Kleinsten nehmen alle Banken, sowie die Kassenverwaltung der Geschäftsstelle (Gartenstraße 49, Postfachkonto Nr. 4877) dankend an. 3290

**Pfannkuch & Co.**  
Eingetroffen  
**Corned beef**  
ca. 6 Pfd. Dose  
Nr. 165.-  
im Aufschnitt  
1/2 Pfd.  
Nr. 8.-  
Pfannkuch & Co.

**Todes-Anzeige.**  
Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser guter Liebling  
**Trudel**  
im Alter von 6 Jahren nach langer Krankheit plötzlich durch einen Herzschlag entschlafen ist.  
Die trauernden Eltern:  
**Albert Herbstlioth u. Frau**  
Bertha geb. Buck.  
Beerdigung: Donnerstag vormittag 11 Uhr.

**Trauerhüte**  
in jeder Preislage stets vorrätig  
**S. Rosenbusch, Kaiserstr. 137.**

**Schlafzimmer-Bilder**  
preiswert, Bilder für alle Räume, Rahmen.  
Kaiserstr. 38.  
Tägl. 200 M. zu verdienen bis 100 M. im Proport (mit Garantie).  
Joh. D. Schulz, Adressenverlag, Adl. 600. [1922]

**Raucher dank!**  
Das sicherste Mittel, das Rauchen ganz oder teilweise einzustellen. Wirkung beweisend. Ausnahm. umsonst. Berl. Kant. Art. Gg. Engldrecht, Wilmshagen, R. 138, Kapuzinerstr. 9

**Verkauf von Alt- u. Neu-Möbel**  
Beschädigung ohne Kaufzwang erzwungen.  
**Karl Rauch, Dreherstr. 3**

**Hüte, Mützen**  
Schirme  
Stöcke  
Kaiserstr. 61  
gegenüber der Hochschule  
**Th. Zenker**  
Kaiserstr. 61  
gegenüber der Hochschule  
**Mützenmacherei Hutmacherei**

**Firma Karl Walz Durlach**  
Hauptstraße am Marktplatz  
empfehlen für  
**Gewerbe- u. Handelsschule**  
sämtliche [1922]  
Zeichnen- und Schreibmaterialien nach Vorschriften  
**Reißzeuge :: Reißbretter :: Reißschiene :: Winkel :: Maßstäbe usw.**

**Emser Quellsalz**  
zum Gurgeln bei Katarrhen  
Fehlmechaniker sucht für freie Zeit Beschäftig. Rech. od. Rechner. Offert. unt. Nr. 3487 an das Volksfreundbüro.

**Schulranzen Musikmappen Aktenmappen Berufstaschen**  
Beste Lederqualitäten!  
**Kofferhaus**  
Geschw. Lämle  
51 Kronenstr. 51

